

Pressemitteilung

Steigender Mindestlohn belastet den Pharmagroßhandel mit 44 Millionen Euro

PHAGRO warnt: Kostendruck gefährdet Versorgungsniveau

Berlin, 8. September 2025

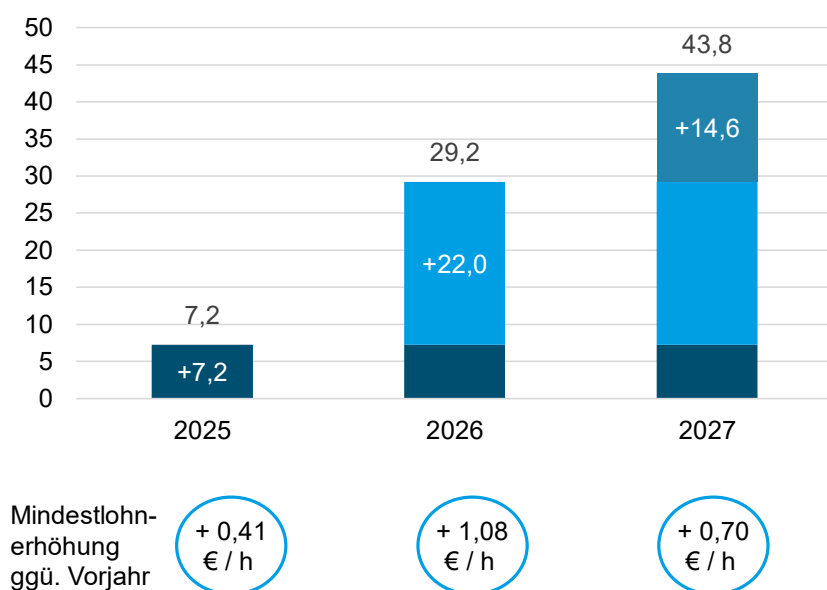
Der Pharmagroßhandel erwartet bis 2027 durch Erhöhungen des Mindestlohns Zusatzbelastungen von 44 Millionen Euro. Das geht aus einer Mitgliederbefragung des PHAGRO | Bundesverband des pharmazeutischen Großhandels hervor. „Die Befragung zeigt, welche gravierenden Auswirkungen die anstehenden Mindestloohnerhöhungen für unsere Kostenstruktur haben“, sagen die PHAGRO-Geschäftsführer Michael Dammann und Thomas Porstner. „In einer ohnehin angespannten wirtschaftlichen Lage geraten wir weiter unter Druck. Das gefährdet letztlich die flächendeckende Arzneimittelversorgung.“ Wegen der Preisbindung für rezeptpflichtige Medikamente kann der Pharmagroßhandel Mehrkosten nicht weitergeben. „Eine Überprüfung und Anpassung der Arzneimittelpreisverordnung ist dringender denn je“, so Dammann und Porstner.

Durch die Anhebung des Mindestlohns zum 1. Januar 2025 sind die Kosten laut PHAGRO-Mitgliederbefragung bereits um 7,2 Millionen Euro gestiegen. Die vorgesehene Erhöhung zum Jahresbeginn 2026 auf 13,90 Euro wird zusätzlich 22,0 Millionen Euro kosten. Wenn sich der Mindestlohn im darauffolgenden Jahr, wie von der Mindestlohnkommission beschlossen, auf 14,60 Euro erhöht, kommen weitere 14,6 Millionen Euro hinzu. In Summe ergibt sich eine zusätzliche Belastung von 43,8 Millionen Euro bis zum Jahr 2027 (Abb. 1). Die Erhöhungen in zwei Schritten hatte die Mindestlohnkommission im Juni beschlossen.

Die 15.500 Beschäftigten des Pharmagroßhandels erhalten eine tarifliche Bezahlung. Bei ausgelagerten Tätigkeiten wird jedoch vielfach Mindestlohn gezahlt. Grund dafür ist die jahrelange strukturelle Unterfinanzierung, welche die PHAGRO-Mitgliedsunternehmen immer wieder zu Kosteneinsparungen zwingt. Die Rationalisierungspotentiale sind jedoch ausgeizt.

Der PHAGRO appelliert daher dringend an die Bundesregierung, die gesetzliche Großhandelsvergütung schnellstmöglich zu überprüfen und den Pharmagroßhandel im Zuge der geplanten Apothekenreform nicht weiter zu belasten. „Dabei müssen die erheblichen Kostensteigerungen der letzten Jahre, etwa für Energie, Personal oder Fremdkapital, sowie jetzt schon absehbare Mehrkosten wie die Mindestloohnerhöhung berücksichtigt werden“, betonen die PHAGRO-Geschäftsführer Dammann und Porstner. „Wir geben weiterhin alles für eine flächendeckende Arzneimittelversorgung. Aber wir brauchen Unterstützung von der Politik, damit der stetig steigende Kostendruck nicht zu einem Abbau der Versorgungsqualität führt.“

Abb.1: Zusatzkosten des vollversorgenden Pharmagroßhandels durch Mindestloohnerhöhung (in Mio. Euro, 2025-2027, Quelle: PHAGRO-Mitgliederbefragung)



Der PHAGRO

Im PHAGRO | Bundesverband des pharmazeutischen Großhandels e. V. sind die acht pharmazeutischen Großhandlungen organisiert, die ein nachfrageorientiertes, herstellernerutrales Vollsortiment führen und die flächendeckende Versorgung aller öffentlichen Apotheken in Deutschland sicherstellen. Die Branche beschäftigt rund 15.700 Arbeitnehmer und erwirtschaftete 2024 einen Umsatz von 42,5 Milliarden Euro.

Pressekontakt

Stefan Burgdörfer

Pressesprecher

Bundesverband PHAGRO e. V.

Französische Straße 12, D - 10117 Berlin

Tel.: +49 - 30 - 201 88 - 451

E-Mail: medien@phagro.de

www.phagro.de